

	
<p>An den Bürgermeister der Stadt Rheinbach Herrn Stefan Raetz Schweigelstrasse 23 53359 Rheinbach</p>	<p>Joachim Schollmeyer Meisenweg 16 53359 Rheinbach Mitglied des Rates der Stadt Rheinbach</p>

Rheinbach, den 05.11.2014

Antrag auf Beschluss einer Resolution zum Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA werden derzeit stark kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite versprechen sich die Befürworter der Abkommen durch den Abbau und die Harmonisierung verschiedener regulatorischer Bestimmungen positive Einkommens- und Beschäftigungseffekte auf beiden Seiten des Atlantiks. Sie befürworten einen ökonomischen Ordnungsrahmen, der alle Handelspartner künftig an gemeinsame Spielregeln binden kann, damit der marktwirtschaftliche Wettbewerb fair verläuft. Die Vertiefung der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft soll demnach auch dazu beitragen, dass gegenüber Drittländern hohe Standards bei Produkten, Arbeitnehmerrechten und dem Umweltschutz durchgesetzt werden können.

Auf der anderen Seite bezweifeln die Kritiker der Freihandels- und Investitionsabkommen die Dimension der behaupteten positiven Effekte und gehen davon aus, dass diese in Wahrheit in nicht messbaren Bereichen liegen. Sie kritisieren vor allem die Geheimhaltung der Verhandlungen, das aus ihrer Sicht undemokratische Zustandekommen und das Risiko, dass diese Abkommen für die Unabhängigkeit der Justiz und für europäische Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards haben könnten.

Um den aus diesen Freihandelsabkommen möglicherweise resultierenden Einschränkungen für die kommunale Handlungsselbstständigkeit entgegenzuwirken, beschließt Rat der Stadt Rheinbach folgende Resolution:

**Resolution des Rats der Stadt Rheinbach
zu internationalen Handels- und Dienstleistungsabkommen**

Aus kommunaler Perspektive bieten Freihandelsabkommen die Chance, mit der Verhandlungsmacht eines geeinten Europas europäische Interessen, Spielregeln, Werte und Standards im globalen Kontext durchzusetzen und zu exportieren. Andererseits zeigen die Erfahrungen anderer Freihandelsabkommen, dass diese für die Aushöhlung der unabhängigen Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen erbracht wird, Spielraum schaffen können.

Vor diesem Hintergrund unterstützt der Rat der Stadt Rheinbach die grundsätzlichen Bemühungen zur Erreichung von Freihandelsabkommen, solange dabei die Grundsätze der Transparenz und Beteiligung, die Unabhängigkeit deutscher und europäischer Gerichte sowie der kommunalen Daseinsvorsorge eingehalten werden und solange dadurch weder deutsche und europäische Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- noch Umweltstandards unterlaufen werden.

Mit diesem Ziel unterstützt der Rat der Stadt Rheinbach das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen und fordert gegenüber der Landes- und Bundesregierung gemäß dem o. g. Papier folgende Punkte ein:

- I. Die Kommunale Daseinsvorsorge soll von den Marktzugangsverpflichtungen in TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden.*
- II. Der politische Gestaltungswille soll in Fragen des öffentlichen Beschaffungswesens nicht stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergaberecht bereits heute vorsehen.*
- III. Auf spezielle Investorenschutzregelungen und internationale Schiedsgerichte soll gänzlich verzichtet werden. Anwendung finden soll ausschließlich der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler Gerichte.*
- IV. Der Abbau von Handelshemmnissen soll nicht zu Lasten von europäischen Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards erfolgen.*
- V. Die Transparenz und Beteiligung soll verbessert werden, u. a. indem Vertreter der kommunalen Ebene neben dem TTIP-Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums unmittelbar in die Beratergruppen der EU-Kommission integriert werden.*
- VI. Die Organisationsfreiheit der Kommunen soll auch über TTIP hinaus sichergestellt, Rekommunalisierung jederzeit und uneingeschränkt möglich bleiben, weshalb die o .g. Forderungen grundsätzlich für alle Freihandelsabkommen, insbesondere aber auch für TiSA gelten sollen.*